

Antwort

der Landesregierung
auf die Kleine Anfrage 3376
der Abgeordneten Nonnemacher
Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 5/8504

Landesantidiskriminierungsstelle Brandenburg

Wortlaut der Kleinen Anfrage 3376 vom 12.02.2014:

Am 22. November 2013 verabschiedete der Brandenburger Landtag eine „Antiras-sismusklausel“ für die Landesverfassung. Damit wird der Schutz vor rassistischer Diskriminierung zum Verfassungsgut erhoben.

Die seit 2009 existierende Antidiskriminierungsberatung Brandenburg unter dem Dach der Organisation Opferperspektive e.V. ist die einzige Antidiskriminierungsbe-ratungsstelle einer Nicht-Regierungsorganisation mit dem Schwerpunkt rassistische Diskriminierung und einem spezifisch, an den Qualitätsstandards des Antidiskriminie-rungsverbandes Deutschland (advd), orientierten Angebot. Sie bearbeitet mit zwei 20-Stunden-Stellen Diskriminierungsfälle aus Brandenburg.

1999 wurde eine Landes-Antidiskriminierungsstelle - seit 2010 Landesstelle für Chancengleichheit-Brandenburg genannt - im Büro der damaligen Ausländerbeauf-tragten eingerichtet. Die Landesstelle für Chancengleichheit Brandenburg hatte ein breites Arbeits- und Aufgabenfeld. So war sie z.B. Serviceeinrichtung für Behörden, Projekte, Organisationen und zuständig für Maßnahmen wie Interkulturelle Öffnung, Diversity-Management, Umsetzung des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes (AGG) sowie den Abbau von Diskriminierung. Weitere Schwerpunkte waren die Sen-sibilisierung der Öffentlichkeit, die Dokumentation von Diskriminierungsfällen und die Beratungen von Betroffenen. Die Landesstelle für Chancengleichheit Brandenburg arbeitete eng mit der Bundesantidiskriminierungsstelle (ADS) zusammen.

Die Landesstelle für Chancengleichheit-Brandenburg war bis Ende 2012 im Büro der Integrationsbeauftragten des Landes Brandenburg angesiedelt und arbeitete unter anderem zum Schwerpunkt rassistische Diskriminierung.

Ende 2012 wurde die Stelle aus dem Büro der Integrationsbeauftragten des Landes herausgenommen.

Ich frage die Landesregierung:

1. Wie viele Anfragen bzw. Fälle von rassistischer Diskriminierung wurden 2012 an die Landesstelle für Chancengleichheit-Brandenburg herangetragen?
2. Ist die Landesstelle für Chancengleichheit-Brandenburg seit Anfang 2013 noch existent?
 - 2.1 Wenn ja, wo ist die Stelle gegenwärtig angesiedelt und wie lautet ihre aktuelle Aufgabenbeschreibung?
3. Gibt es eine Schnittstellenregelung zwischen der Stelle der Integrationsbeauftragten und der Landesstelle für Chancengleichheit-Brandenburg?
 - 3.1 Wenn ja, welche Ausstattung und welches Stundenkontingent steht dieser Stelle zur Verfügung?
 - 3.2 Wenn nein, welche staatliche Stelle ist für Beschwerden aufgrund rassistischer Diskriminierung zuständig?

Namens der Landesregierung beantwortet der Minister für Arbeit, Soziales, Frauen und Familie (MASF) die Kleine Anfrage wie folgt:

Frage 1: Wie viele Anfragen bzw. Fälle von rassistischer Diskriminierung wurden 2012 an die Landesstelle für Chancengleichheit-Brandenburg herangetragen?

zu Frage 1:

Im Jahr 2012 wurden neun Anfragen an die Landesstelle herangetragen, in denen die betroffenen Personen oder Multiplikatorinnen und Multiplikatoren eine Ungleichbehandlung aus rassistischen Gründen oder aus Gründen der ethnischen Herkunft vermuteten.

Frage 2: Ist die Landesstelle für Chancengleichheit-Brandenburg seit Anfang 2013 noch existent?

zu Frage 2:

Ja.

Frage 2.1: Wenn ja, wo ist die Stelle gegenwärtig angesiedelt und wie lautet ihre aktuelle Aufgabenbeschreibung?

zu Frage 2.1:

Die Landesstelle für Chancengleichheit-Brandenburg ist eine Aufgabe des MASF und seit dem 1. Januar 2014 dem Referat 24 (Behindertenpolitik) zugeordnet. Der Aufgabenumfang ist dabei nicht geändert worden; folgende Aufgaben sind zurzeit von der Landesstelle wahrzunehmen:

- Serviceeinrichtung
- Sensibilisierungsarbeit
- Anlaufstelle für Betroffene
- Dokumentation von Diskriminierungsfällen
- Entwicklung von Fortbildungen
- Projektarbeit

Frage 3: Gibt es eine Schnittstellenregelung zwischen der Stelle der Integrationsbeauftragten und der Landesstelle für Chancengleichheit-Brandenburg?

zu Frage 3:

Die Zusammenarbeit innerhalb eines Ministeriums sowie zwischen den Ministerien ist durch die Gemeinsame Geschäftsordnung für die Ministerien des Landes Brandenburg (GGO) geregelt. Eine gesonderte Schnittstellenregelung ist daher entbehrlich.

Frage 3.1 Wenn ja, welche Ausstattung und welches Stundenkontingent steht dieser Stelle zur Verfügung?

zu Frage 3.1:

Die Aufgabenorganisation der Landesverwaltung wird in Geschäftsverteilungsplänen dokumentiert. In diesen Geschäftsverteilungsplänen werden die für die Aufgaben zuständigen Personen ausgewiesen, nicht aber die Zeitanteile, die diese Personen für die Aufgaben aufwenden. Damit ist ein flexibles Reagieren auf die in den einzelnen Aufgabengebieten zu bearbeitenden Angelegenheiten möglich.

Frage 3.2: Wenn nein, welche staatliche Stelle ist für Beschwerden aufgrund rassistischer Diskriminierung zuständig?

zu Frage 3.2:
Siehe Antwort zu Frage 3.